

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die christlich-liberale Bundesregierung hat in den ersten drei Monaten die Politik der Krisenbekämpfung entschieden und erfolgreich fortgesetzt, gleichzeitig aber auch neue politische Spielräume genutzt, die sich durch den Koalitionswechsel ergeben haben. Wir haben vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise keine Zeit verloren und die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z. B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz spannen wir einen weiteren Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne dieses Gesetz müssten die Beiträge in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung steigen, was angesichts der ohnehin schon hohen Belastungen der Unternehmen zahlreiche Entlassungen zur Folge hätte.

IFE

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

100 Tage Bilanz	...S.2
Unser Engagement in Afghanistan stärken	...S.3
Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert	...S.4
Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien	...S.4
Der Euro muss stabil bleiben	...S.5
Urteil Bundesverfassungsgericht umsetzen	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

100 Tage Bilanz



Dank unserer Politik ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat infolge der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir.

Ingrid Fischbach: „Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt sowie wichtige Wachstumsimpulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen. Zudem erleichtern es die steuerpolitischen Neuregelungen im Bereich der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer den Unternehmen, mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden. Auch in anderen Bereichen ist die christlich-liberale Koalition auf gutem Weg: Wir haben vereinbart, die Investitionen in Bildung und Forschung und damit in den Schlüssel zu unserer Zukunft weiter zu erhöhen. Durch Reformen im Gesundheitssystem werden wir dafür sorgen, dass weiterhin jeder Bewohner unseres Landes Zugang zu einer hervorragenden medizinischen Versorgung zu bezahlbaren Preisen hat.“

Wir haben klare Ziele und feste Überzeugungen. Wir sind fest entschlossen, unser Land durch mutige Politik auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

Unser Engagement in Afghanistan stärken

In dieser Woche haben wir den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Nato-geführten Internationalen

Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan in den Deutschen Bundestag eingebracht.



Ingrid Fischbach: „Durch das neue Mandat wird sich der militärische Beitrag Deutschlands künftig noch stärker als bisher auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und den Schutz der afghanischen Bevölkerung konzentrieren. Dazu werden wir die Mandatsobergrenzen auf 5.350 Soldaten anheben, wovon 350 Soldaten als flexible Reserve vorgehalten werden. Damit wird nun auch im Bundestagsmandat die Schwerpunktverlagerung des deutschen Engagements nachvollzogen, welche die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 26. Januar 2010 angekündigt hatte. Bereits bei der Mandatseinbringung im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung angekündigt, das Mandat im Lichte der Ergebnisse der Londoner Konferenz vom 28. Januar 2010 anzupassen.“

In London hat die internationale Staatengemeinschaft am 28. Januar 2010 einen Neuansatz für Afghanistan mit dem Ziel beschlossen, die Voraussetzungen für eine „Übergabe in Verantwortung“ zu schaffen. Deutschland hat auf der Konferenz zugesagt, das zivile Engagement für Afghanistan nahezu zu verdoppeln. Bis 2013 fließen jährlich 430 Millionen Euro in neue Straßen, Schulen und andere Projekte. Das deutsche Engagement für Wiederaufbau und Entwicklung, insbesondere im Norden des Landes, wird erheblich aufgestockt. Daneben bleibt die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte ein vorrangiges Ziel. Dazu wird Deutschland die Ausbildung afghanischer Polizisten deutlich ausweiten und die Zahl der deutschen Polizeitrainer und Experten auf 200 erhöhen. Das internationale Engagement in Afghanistan wird nur dann erfolgreich sein können, wenn auch die afghanische Regierung ihren Beitrag leistet. Aus diesem Grund war es wichtig, dass Präsident Karzai bei seinen Besuchen in Berlin und London zugesagt hat, für Fortschritte in den Bereichen gute Regierungsführung, Menschenrechte und bei



Wußten Sie schon,

... dass in den ersten elf Monaten in 2009 elf Prozent weniger Rosen nach Deutschland importiert wurden als im Vorjahr? 943 Millionen Rosen im Wert von 201,9 Mio. Euro wurden in diesem Zeitraum 2009 nach Deutschland gebracht.

Korruptionsbekämpfung zu sorgen. Das jetzt zu beratende Mandat des Deutschen Bundestages soll bis zum 28. Februar 2011 gelten. Die völkerrechtliche Grundlage des Mandats ist ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.



Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert

Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen.

Ingrid Fischbach, MdB: „Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 erwartungsgemäß an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008.“

Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien

Investitionen in Bildung lohnen sich deutlich mehr als bisher angenommen. Wer während einer längeren und aufwendigeren Ausbildung auf mögliches Gehalt verzichtet, erhält später umso mehr, in Einzelfällen sogar doppelt so viel. Im Durchschnitt liegen die privaten Bildungsrenditen bei sechs bis zehn Prozent und damit höher als die durchschnittlichen Renditen der

meisten Geldanlageformen. Zudem senkt ein höheres Ausbildungsniveau das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant. Auch der Staat erhält über höhere Steuereinnahmen eine Bildungsrendite von durchschnittlich 7 Prozent.



Der Euro muss stabil bleiben

Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. Die Neuverschuldung des griechischen Staatshaushalts hat mit 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordstand erreicht. Die Europäische Kommission hat Griechenland der verschärften haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung unterstellt. Die EU-Kommission leitete wegen geschönter statistischer Angaben ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Bis 2012 hat Griechenland Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit in den Griff bekommen. Einschneidende Strukturreformen sind hierfür unabdingbar. Die Regierung in Athen muss das Staatsdefizit nun in den kommenden zwei Jahren unter die Marke von drei Prozent drücken, um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder einzuhalten und in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu den anderen Mitgliedern der Eurozone aufzuschließen.

Ingrid Fischbach: „Diese Fristverlängerung bis 2012 geht einher mit der Einleitung des verschärften Defizitverfahrens. Danach muss Athen jetzt alle zwei bis drei Monate in Brüssel über seine haushaltspolitische Entwicklung Bericht erstatten. Sollte das Ziel verfehlt werden, drohen harte Sanktionen.“

Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. Nur mit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten der



Spruch der Woche

„Ein Taumelkäfer ist blind, hat aber große Fühler. Er rennt los, bis er Widerstand spürt. Dann rennt er in die andere Richtung, stößt wieder irgendwo an und sagt: „So geht es nicht weiter.“ Das ist ein Taumelkäfer, und so ist die SPD.“

Jürgen Rüttgers,
Nordrhein-Westfälischer
Ministerpräsident (CDU)

Eurozone können wir den Euro stabil halten. Die Voraussetzungen hierfür sind in der Eurozone vergleichsweise besser als andernorts. Während der Internationale Währungsfonds für Länder wie die USA und Japan für 2010 Haushaltsdefizite von 10 Prozent erwartet, werden für den Euroraum nur 6 Prozent prognostiziert. Damit hebt sich unser Wirtschaftsraum vorteilhaft von den beiden großen Ländern ab. Wie wichtig eine solide Haushaltspolitik ist, zeigt gerade die Diskussion darüber, ob die USA mittel- bis langfristig die Spitzennote für die Bonität ihrer Staatsanleihen verlieren könnten. Dies hätte zur Folge, dass die USA höhere Zinsen für neue Staatsanleihen zahlen müsste. Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.



Urteil Bundesverfassungsgericht umsetzen

Das Bundesverfassungsgericht hat heute die bisherige Berechnung der Kinderregelsätze für verfassungswidrig erklärt.

Ingrid Fischbach: „Das Urteil muss jetzt zügig umgesetzt werden. Es ist zudem der erklärte politische Wille, die Kinderregelsätze enger an den Bedürfnissen der Kinder auszurichten. Die bisherige Praxis hat die spezifischen Bedarfe der Kinder nicht berücksichtigt, hier muss nun ein gesondertes Berechnungsverfahren erstellt werden, welches auf die Bedürfnisse der Kinder eingeht.“

Laut Bundesverfassungsgericht müssen verlässliche Zahlen die Grundlage der Kinderregelsätze sein, auch einmalige besondere Bedarfe müssen anerkannt werden.

„Die gerichtlichen Vorgaben lassen es zu, hier eine passgenaue Lösung für Kinderregelsätze zu finden. 6.684 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben im Januar in Herne Regelsätze nach dem SGB II erhalten, in Bochum waren es 11.890: Ihnen sind wir eine schnelle Umsetzung schuldig“, so Ingrid Fischbach.



... das Allerletzte!

Rund 340 Millionen Euro will Vattenfall pro Jahr einsparen. 180 Millionen Euro sollen dabei Personalkosten sein. Dies würde grob geschätzt einem Stellenabbau von bis zu 3500 der insgesamt 22.000 Stellen in Deutschland bedeuten. (Reutersmeldung vom 9.2.10)